

Objektyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 12

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG — AUGUST 1940 — HEFT 12

Volk und Regierung

Von Hans Oprecht.

Das Problem der Führung in der Demokratie ist seit der Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni von größerer Aktualität geworden. Der Bundespräsident forderte darin das Schweizervolk auf, «der Regierung zu folgen» als «einem sicheren und hingebenden Führer», der seine «Entscheidungen nicht immer erklären, erläutern und begründen» könne. Der Appell des Bundespräsidenten an das Schweizervolk endigte mit dem Hinweis darauf, daß es sich hinter dem Bundesrat zusammenschließen, ruhig bleiben und Vertrauen haben solle, wie der Bundesrat selber auch Vertrauen habe.

Es ist nicht unsere Aufgabe und es soll auch nicht der Sinn dieser Ausführungen sein, in kleinlicher Kritik den Wert der Aufforderung des Bundesrates an das Schweizervolk, ihm Vertrauen zu schenken und ihn als sicheren und hingebenden Führer zu betrachten, herabzusetzen. Die Frage der Führung des Volkes in der Demokratie durch die Regierung wird durch die Aufforderung des Bundesrates aber zu einer entscheidenden Vertrauensfrage. Sie muß deswegen von uns ernsthaft und in aller Objektivität überprüft werden. Dabei zeigt sich ohne weiteres als unerläßlich und notwendig, daß in der gegenwärtigen Zeit auch in der Demokratie rasch entschieden und rasch gehandelt werden muß. Wer jetzt nicht rasch entscheiden und rasch handeln kann, der wird nicht nur «historische Gelegenheiten» verpassen, er kann durch sein Zweifeln und sein Zaudern das Schicksal des Landes gefährden. Frankreichs jüngste Vergangenheit lehrt uns gerade in dieser Beziehung mehr als genug.

Aber Vertrauen *haben* allein genügt nicht. Vertrauen muß irgendwie *fundiert* sein. Es muß sich stützen können auf die bisherigen Entscheidungen, die bisherigen Handlungen, das heißt auf die bisherige Politik des Bundesrates. Daß sie bisher besonders für uns Sozialdemokraten, aber auch für das Volk im allgemeinen nicht besonders vertrauenerweckend gewesen ist, braucht wohl keines langen Nachweises. Die Politik des Bundesrates lebte sozusagen von der Hand in den Mund. Sie war weder von einem entschlossenen Willen zu raschem Handeln getragen, noch ging sie irgendwie von einer grundsätzlichen politischen Konzeption aus.